

**Demokratie in der global vernetzten Welt -  
ein Auslaufmodell?**

von

Christoph Autischer

## Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
Die institutionelle Grundstruktur der Reziprokratie	5
Das politische Bewusstsein der BürgerInnen	9
Interessenharmonisierung	11
Schluss	13

## Einleitung

„Deutschland wird seine Bemühungen beim Klimaschutz drastisch verstärken. Wenn dadurch das Wirtschaftswachstum abwandert, dann sei es so. Wenn dadurch Arbeitsplätze abwandern, dann sei es so. Die Besteuerung für Unternehmen wollen wir spürbar anheben. Damit können wir unsere zahlreichen internationalen Verpflichtungen auch in Zukunft finanzieren. Gewinnorientierte Unternehmen werden öfter in unseren Nachbarländern investieren und deren Volkswirtschaften können aufblühen und gedeihen – konsequent möchten wir unseren bisherigen Weg weiterverfolgen, bis hin zum Importweltmeister. Darüber hinaus schnüren wir ein umfassendes Entwicklungshilfepaket, das ein hohes Kontingent für Wirtschaftsflüchtlinge vorsieht. Wenn es sein muss, dann holen wir die Ärmsten der Armen aus ihren Slums und bieten ihnen hier in Deutschland eine neue Lebensperspektive.“

Das waren Ausschnitte der Wahlkampfrede der deutschen Bundeskanzlerin vom 01. Mai 2052. Was ist zwischen 2020 und 2050 geschehen, das Politikerinnen und Politiker in Machtpositionen so sprechen lässt?

Eine Öffnung der Grenzen ist passiert! Selbstverständlich handelt es sich hierbei nicht um eine Öffnung für den grenzüberschreitenden Handel mit Computerchips und Bananen oder um Finanztransaktionen, das gab es auch schon lange vor 2020. Diesmal wurden die Schranken für Wählerstimmen aufgehoben. Die deutsche Regierung wurde 2048 von Franzosen, Spaniern, Briten, Polen, Kanadiern, Tschechen, US-Amerikanern, Ungarn, Holländern, Türken, Dänen, Letten, Mexikanern, Österreichern und - neben vielen weiteren - auch von Deutschen gewählt.

Rückblickend kann die Stimmung in den Jahrzehnten unmittelbar nach der Jahrtausendwende nur als bedrückend beschrieben werden. Autoritäre Strömungen waren rund um den Globus auf dem Vormarsch, insbesondere auch in einst etablierten Demokratien. Die USA haben sich unter der Führung von Donald Trump von zahlreichen internationalen Abkommen verabschiedet. An die Umsetzung zahlreicher ambitionierte überstaatlicher Projekte war ohne Mithilfe der Vereinigten Staaten nicht zu denken. Vor dem Hintergrund des Ausstiegs Großbritanniens aus der Europäischen Union und dem damit einhergehenden geopolitischen Bedeutungsverlust der EU wurden demokratisch geprägte Ambitionen auf geopolitischer Ebene noch illusorischer. Darüber hinaus konnten autoritäre und nationalistische Strömungen in zahlreichen weiteren Staaten reüssieren. Der Trend in Richtung Autoritarismus war jedoch mehr ein Symptom als die Ursache der großen Probleme der damaligen Zeit.

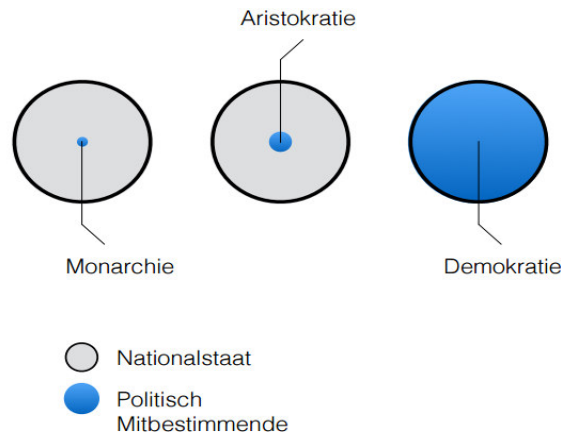
Die nationalstaatliche Demokratie musste sich im Verlauf der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts einer unangenehmen Realität stellen: sie war für die Herausforderungen der global vernetzten und hochgradig interdependenten Welt nicht länger das geeignete politische System. Das große Versprechen der Demokratie lautet politische Selbstbestimmung, aber was soll eine nahezu rein nationale Selbstbestimmung in einer Welt nützen, die größtenteils von globalen Kräften beherrscht wird? Globale Märkte, globaler Wissenstransfer, globale technologische Vernetzung und ein globaler Klimawandel sind die Lebensrealität des 21. Jahrhunderts und in keinem dieser Bereiche können sich Menschen als Bürgerinnen und Bürger auf rein nationalstaatlicher Ebene wirkungsvoll einbringen. Als geradezu symptomatisch muss angesehen werden, dass sich damals eine Konsumentenethik herausgebildet hat: als Konsumentinnen und Konsumenten konnten sich viele Menschen zumindest der Illusion hingeben globalen Einfluss auszuüben. Das war natürlich zum Scheitern verurteilt, große Herausforderungen können nur gemeinschaftlich bewältigt werden. Kollektives Handeln ist gefragt, der Markt setzt hingegen auf individuelles Handeln und persönliches Vorteilsstreben. Die politische Arena wäre der angemessene Ort für gemeinschaftliche

Gestaltung gewesen und erst als sich auch das demokratische System globalisiert hat, konnte eine schwache Konsumentenethik einer wirkmächtigen Bürgerethik weichen.

Die schädliche Kluft zwischen nationaler Politik und globaler Welt kann grundsätzlich nur auf zwei Arten aufgelöst werden: die Welt wird wieder regional oder die Politik global. Die schon angedeuteten nationalistischen und reaktionären Strömungen des frühen 21. Jahrhunderts haben den Versuch unternommen die Welt zu re-regionalisieren. Dieses Projekt war von vornherein zum Scheitern verurteilt: das Klima respektiert keine nationalen Grenzen und ein Corona-Virus oder eine mit einem Nuklearsprengkopf bestückte Rakete ebenfalls nicht. Aus heutiger Perspektive ist diese fragwürdige Entwicklung jedoch nachvollziehbar, denn die Versuche die Politik effektiv zu globalisieren mussten damals, summa summarum, als gescheitert beurteilt werden. Die Vereinten Nationen waren nicht in der Lage kriegerische Auseinandersetzungen zwischen Großmächten zu verhindern. So brach 2014 in der Ukraine ein Stellvertreterkrieg zwischen dem Nato-Bündnis, unter Führung der USA, und der Russischen Föderation aus. Die globalen Märkte entzogen sich zunehmend staatlicher Kontrolle und brachten Krisen und eine historisch beispiellose Vermögensungleichheit, mit krassen sozialen Verwerfung, hervor. Die Erfolge im Bereich des internationalen Klimaschutzes mussten, höflich formuliert, als bescheiden eingestuft werden. Und die Migrationsdebatten haben unaufhörlich den demokratischen Diskurs vergiftet. Allmählich wurde klar, dass es so nicht weitergehen kann. Die bestehenden internationalen und transnationalen Institutionen waren unzulänglich, so etwas wie ein föderaler Weltstaat reine Utopie und das Verschanzen hinter nationalen Mauern Realitätsverleugnung. Die Zeit für neue Konzepte und Ideen, jenseits gängiger Paradigmen, war gekommen, denn die bisherigen Wege und Modelle haben sich im Kontext der global vernetzten Welt als Sackgassen herausgestellt. Genau in dieses Vakuum der Ratlosigkeit konnte ein neuartiges politisches System stoßen: die Reziprokratie.

## Die institutionelle Grundstruktur der Reziprokratie

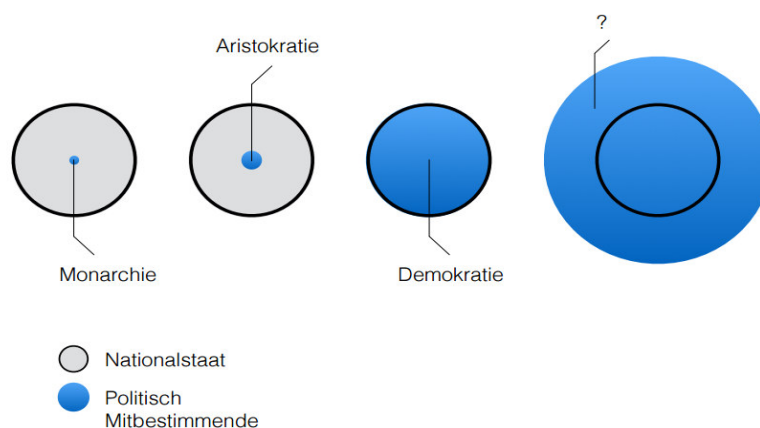
### Das „Hobbessche Paradigma“



Thomas Hobbes schreibt in seinem berühmten Werk „Leviathan“, dass die höchste politische Macht im Staat notwendiger Weise entweder einem, mehreren oder allen *Staatsangehörigen* zukommt.<sup>1</sup> Das ist das „Hobbessche Paradigma“, da die Teilhabe am politischen Prozess nicht mit Notwendigkeit auf die Staatsangehörigen beschränkt sein muss; grundsätzlich könnten auch Angehörige anderer Staaten über politische Mitbestimmungsmöglichkeiten in einem Staat verfügen. Dass die österreichische Regierung nur von österreichischen Staatsangehörigen gewählt wird, ist keine unumstößliche Notwendigkeit.

Jenseits des Hobbesschen Paradigmas spannt sich ein weiter Raum für neuartige politische Systeme auf. Grafisch lässt sich dabei sowohl eine historische als auch eine systematische Weiterentwicklung ablesen, weshalb sich die Bezeichnung „Evolution politischer Systeme“ anbietet.

### Die Evolution politischer Systeme



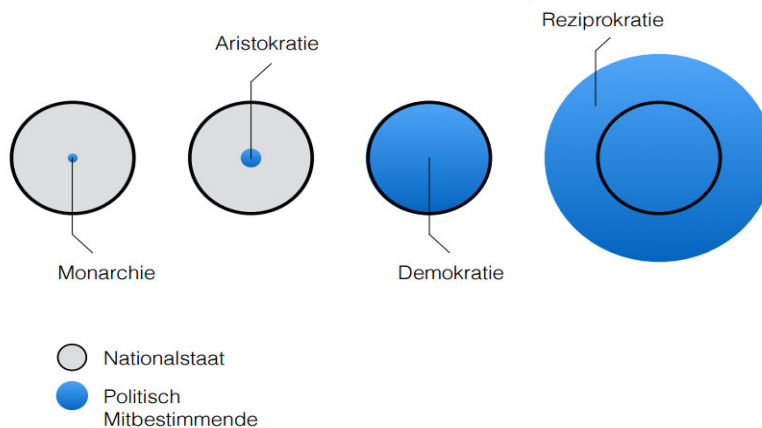
<sup>1</sup> Vgl. Hobbes, Thomas. Leviathan, Kap. 19. (Stuttgart, Reclam, 1970) S. 167. Hobbes hat bei der Demokratie keine explizite Einschränkung auf Staatsangehörige vorgenommen, implizit ist das jedoch der Fall. Die Teilnahme an der „Volksversammlung“, als höchstes politisches Organ im Staat, ist in Hobbes' Werk ausschließlich den Mitgliedern einer spezifischen Gesellschaft vorbehalten. Hobbes spricht hier niemals von einem „Weltvolk“ oder der „Menschheit“ und im Kontext der damaligen Zeit erscheint eine globale Interpretation von „alle“ als höchst unplausibel.

Die obige Grafik zeigt ein viertes politisches System, das sich jenseits von Monarchie, Aristokratie und Demokratie bewegt. Dieses System stellt eine Weiterentwicklung zu den bestehenden Staatsverfassungen dar. Die systematische Weiterentwicklung ist nur deshalb möglich, da auch die Demokratie noch immer zahlreiche Gruppen von der Möglichkeit zur politischen Mitbestimmung ausschließt: alle Menschen mit anderer Staatszugehörigkeit werden vom politischen Entscheidungsprozess ausgeschlossen.<sup>2 3</sup> Das schränkt das empathische Potential eines politischen Systems empfindlich ein, da es seiner grundlegenden Architektur nach die Anliegen und Interessen von Menschen außerhalb des Staates ignoriert. In einer global vernetzten Welt wirken sich die Entscheidungen einer Regierung jedoch weit über die eigenen Staatsgrenzen hinweg aus. Darum ist für Bürgerinnen und Bürger die politische Mitbestimmung in anderen Staaten eine naheliegende Forderung in der modernen Welt.

### *Das Prinzip der Wechselseitigkeit*

Wenn die BürgerInnen Frankreichs die Regierung Deutschlands mitbestimmen können, dann werden den BürgerInnen Deutschlands dieselben politischen Mitbestimmungsmöglichkeiten in Frankreich eingeräumt werden müssen. Dass die politische Mitbestimmung auf Wechselseitigkeit beruht ist nicht absolut notwendig – es sind durchaus Systeme denkbar, die dieses Prinzip ignorieren – aus theoretischen und praktischen Gründen ist die Anwendung des Prinzips der Wechselseitigkeit jedoch geboten.

Da realistische politische Systeme jenseits des „Hobbesschen Paradigmas“ auf dem Prinzip der Wechselseitigkeit aufgebaut sein werden, soll die vierte Art politischer Systeme als Reziprokratie (hergeleitet von Reziprozität – Wechselseitigkeit) bezeichnet werden.



Wie eine detaillierte institutionelle Ausgestaltung eines auf Wechselseitigkeit beruhenden überstaatlichen Wahlsystems aussehen könnte, ist noch verfrüht und würde auch den Rahmen dieses Textes sprengen. Aber so viel sei gesagt: die Völker sollten (beispielsweise im Rahmen eines

2 In manchen Staaten können die Staatsbürger anderer Staaten auf bestimmten Ebenen politisch mitentscheiden. In Deutschland ist das beispielsweise auf der Gemeindeebene für Menschen mit anderer Staatszugehörigkeit der Fall.  
 3 Ein supranationales Gebilde, wie die EU, erlaubt allen EU-BürgerInnen eine höchst indirekte politische Einflussmöglichkeit in den anderen Staaten der europäischen Union. Nur mit Hilfe der national gewählten VertreterInnen können sie Einfluss auf die anderen Staaten, im Rahmen der EU-Institutionen, ausüben. Die direkte politische Mitbestimmung in anderen Staaten der EU ist für EU-BürgerInnen nicht vorgesehen.

zweistufigen Wahlsystems) selbst über den Grad an wechselseitiger Mitbestimmung mit anderen Völkern entscheiden können. Im ersten Schritt wird dann der Grad an wechselseitiger Mitbestimmung gewählt (wenn zum Beispiel 30% der Franzosen und 35% der Deutschen die wechselseitige Mitbestimmung wählen, dann entsteht 30% wechselseitige Mitbestimmung zwischen Frankreich und Deutschland<sup>4</sup>). Im zweiten Schritt wählen die französischen und deutschen StaatsbürgerInnen dann einmal in Deutschland und einmal in Frankreich, jeweils gemeinsam, die nationale Regierung, wobei, gemäß obigem Beispiel, das „inländische“ Wahlergebnis zu 70% und das „ausländische“ Wahlergebnis zu 30% in das Gesamtergebnis einfließen.

Die freie Wahl des Grades an wechselseitiger Mitbestimmung durch die Völker bietet einen großen Vorteil. Ein Volk hat prinzipiell die Möglichkeit sich zu 100% gegen die wechselseitige Mitbestimmung zu entscheiden. Dann wäre eine formale politische Einflussnahme von außerhalb des eigenen Staates, im Rahmen von Wahlen, nicht möglich. Das Argument, dass die Reziprokratie eine Form von politischer Fremdbestimmung darstellt, ist damit nichtig. Eine Mitbestimmung von außen ist immer nur auf den ausdrücklichen Wunsch eines Volkes möglich, es hat sich frei für einen höheren Grad an wechselseitiger Mitbestimmung als 0% entschieden. Und in der nächsten Wahlperiode kann sich ein Volk auch wieder mit anderen Völkern politisch vernetzen. Jedenfalls bleiben so die Selbstbestimmung und die Souveränität eines (Staats)Volkes innerhalb der Reziprokratie gewahrt.

Beim Thema politische Globalisierung könnte man durchaus die Auffassung vertreten, dass traditionelle Begriffe, wie zum Beispiel der Begriff der Volkssouveränität, längst überholt sind und im Sinne einer Anpassung des politischen Systems an die moderne Welt aufgegeben werden müssen. Warum wird hier der Selbstbestimmung und der Souveränität von (Staats)Völkern eine so hohe Bedeutung zuerkannt? Das hat mit der historisch belegten Handlungsfähigkeit von Staaten zu tun. Staaten sind hoch entwickelte Institutionen und haben weitreichenden Einfluss auf das Leben von Menschen in nahezu allen Lebensbereichen - im Guten wie im Schlechten. Dieses Potential möglichst uneingeschränkt zu nutzen und in eine positivere Richtung zu lenken ist ein wesentliches Anliegen der Reziprokratie. Eine supranationale Institution, wie die EU, tendiert im Vergleich dazu einst nationale Aufgaben an sich zu ziehen und den Handlungsspielraum von Staaten einzuschränken. Das ist in einem doppelten Sinne problematisch: einerseits löst die Abgabe von Souveränitätsrechten und Kompetenzen meist erheblichen Widerstand auf nationaler Ebene aus und andererseits bleibt der Charakter der Staaten selbst unverändert. Wie viel nützt eine internationale Institution, beispielsweise die UNO, wenn sie Staaten an einen Tisch zusammenbringt, die eigentlich nicht miteinander wollen?

### *Grenzen reziprokratischer Systeme*

Aus der Grundstruktur des oben kurz skizzierten reziprokratischen Systems lassen sich zwei Beschränkungen ableiten. Einerseits können nur Staaten in die Reziprokratie integriert werden, die

---

4 Das Beispiel vernachlässigt die Tatsache, dass in Deutschland mehr stimmberechtigte BürgerInnen leben als in Frankreich. Einem Staat mit wenigen StimmbürgerInnen könnte ein höheres Gewicht pro abgegebener Stimme zuerkannt werden, zugleich ist das gesamte Stimmgewicht eines Staates mit vielen StimmbürgerInnen höher als das eines Staates mit wenigen StimmbürgerInnen. Dieses Konzept wird als degressive Proportionalität bezeichnet und findet beispielsweise im EU-Parlament oder indirekt auch bei der Kongresszusammensetzung in den USA Anwendung. Im EU-Parlament hat Deutschland mehr Sitze als jeder andere EU-Staat. Zugleich hält Deutschland, auf die Größe der deutschen Bevölkerung gerechnet, den verhältnismäßig geringsten Anteil an Sitzen.

im Rahmen kompetitiver Wahlen ihre Regierung ermitteln. Demokratien sind die naheliegendsten Kandidaten für die Weiterentwicklung zu Reziprokratien. Intern gilt bereits ein allgemeines Wahlrecht und die Ausdehnung auf Wählergruppen außerhalb des eigenen Staates stellt keine fundamentale Neuerung dar. Anders sieht die Situation in einer Diktatur aus. Hier ist niemand zum Wählen der Regierung berechtigt und eine Integration in ein reziprokratisches System ist weder mit den vorherrschenden Institutionen noch mit der politischen Kultur dieses Staates vereinbar.

Andererseits kann innerhalb der Reziprokratie keine politische Kooperation erzwungen beziehungsweise garantiert werden. Die reziprokratischen Völker sind frei und können für sich selbst den Grad an wechselseitiger Mitbestimmung entscheiden. Wenn manche Völker keine politische Kooperation durch die wechselseitige Mitbestimmung anstreben, dann können andere Völker formal nichts dagegen unternehmen. Das ist dann problematisch, wenn dringende überstaatliche Herausforderungen zu bewältigen wären (zum Beispiel Klimawandel). Dass diese potentielle Einschränkung in der Praxis vermutlich kein großes Risiko darstellt, wird unter anderem aus dem nachfolgenden Kapitel ersichtlich.



## Das politische Bewusstsein der BürgerInnen

Wer hat noch nicht davon geträumt, die Welt zu verändern? Diese Frage ist ernst gemeint! Die moderne Welt zeichnet sich durch einen hohen Grad an Vernetzung und wechselseitiger Abhängigkeit aus. Politische, wirtschaftliche, wissenschaftliche, gesellschaftliche, kulturelle und technologische Entwicklungen in anderen Ländern beeinflussen zunehmend das Leben aller Menschen auf dem Planeten. Das ist den allermeisten Menschen auch bewusst. Der Klimawandel, die Entwicklungen an den globalen Märkten, Kriege und viele andere Phänomene sind medial allgegenwärtig.

Wer glaubt schon, dass der Klimawandel auf nationaler Ebene aufgehalten werden könnte. Die wenigsten glauben daran, dass das globale Finanzsystem von einem Land dauerhaft stabilisiert werden könnte. Und wohl niemand glaubt ernsthaft, dass eine Ära globalen Friedens von einem Land alleine herbeigeführt werden könnte. Dennoch sind die politischen Mitbestimmungsmöglichkeiten der einzelnen BürgerInnen praktisch ausschließlich auf die nationalstaatliche Ebene beschränkt.<sup>5</sup> Das führt zu einer Krise des politischen Bewusstseins von Menschen. Sie wissen, dass viele der drängendsten Herausforderungen unserer Zeit nur global zu bewältigen sind und sie wissen auch, dass ihr politischer Einfluss auf der globalen Ebene verschwindend gering ist.

Bei der Wahl zwischen der wechselseitigen Mitbestimmung und der alleinigen Bestimmung entscheiden die Völker über die Voraussetzungen, unter denen Politik zu betreiben ist. Ist eine Regierung formal nur dem eigenen Staatsvolk gegenüber verantwortlich oder auch gegenüber anderen Staatsvölkern? Das bedeutet ein hohes Level an Gestaltungsmacht auf überstaatlicher Ebene für Staatsvölker. Darüber hinaus können sie im Rahmen der wechselseitigen Mitbestimmung auch mitentscheiden, welche Regierungen in welchen Staaten an die Macht gelangen. Dadurch wird es Staatsvölkern ermöglicht, auf überstaatlicher Ebene aktiv zu werden. Die Diskrepanz zwischen vernetzter Welt und nationaler Mitbestimmungsmöglichkeiten kann sich auflösen. Die Voraussetzung hierfür ist die politische Kooperation der Staatsvölker, sie müssen sich wechselseitig für die politische Einflussnahme in anderen Staaten aussprechen.

Das System der Reziprokratie ermutigt Staatsvölker zu einem politischen Miteinander, wenn sie ihre Einflussphäre verstärkt über die eigenen Staatsgrenzen hinaus ausdehnen möchten. Nur gemeinsam sind für sie die Vorteile der politischen Kooperation realisierbar. Ein hoher Grad an wechselseitiger Mitbestimmung ist ein besonders starkes Zeichen. Es zeigt an, dass Staatsvölker einander ein grundlegendes Vertrauen entgegenbringen und Kooperation über Konkurrenz stellen. Die Möglichkeit, gemeinsam ein so starkes Zeichen setzen zu können, hat vorhersehbar eine tiefgreifende Wirkung auf das politische Bewusstsein von Menschen.

Die Schaffung von Gemeinschaft und Kooperation sind zentrale Überlegungen der Reziprokratie. Die Reziprokratie soll eine Kultur des politischen Miteinanders über Staatsgrenzen hinaus ermöglichen.<sup>6</sup> Auf Basis des Miteinanders können Menschen tatsächlich daran glauben, dass sie als

5 Die höchst indirekte Einflussnahme auf die globale Ebene ist über den Nationalstaat möglich, aber eine direkte, und weitaus effektivere Mitbestimmungsmöglichkeit, ist im bestehenden System nicht vorgesehen.

6 Entscheidend ist, dass die politische Kultur des Miteinanders von den Staatsvölkern und nicht von den Staaten getragen wird. In der Betonung der Rolle der Staatsvölker folge ich John Rawls' Antwort auf den Umgang mit dem politischen Realismus. Das Recht der Völker ist darauf ausgelegt, die Interessen von Völkern zu wahren. Allerdings

Bürgerinnen und Bürger die Welt verändern können. Wenn Menschen nicht ernsthaft daran glauben können, dass sie als Bürgerinnen und Bürger die Welt verändern können, dann stellt das in einer globalisierten Welt einen Eckpfeiler des demokratischen Wertekanons in Frage. Das Versprechen der Demokratie lautet, dass Menschen Einfluss auf diejenigen gesellschaftlichen Kräfte ausüben können, die ihr Leben bestimmen. In einer nicht-globalisierten Welt genügen nationale Mitbestimmungsmöglichkeiten, um eine substantielle Gestaltung der eigenen Lebensverhältnisse zu gewährleisten, jedoch ist die Lebensrealität in der modernen Welt zunehmend von wechselseitigen Abhängigkeiten im globalen Maßstab gekennzeichnet.<sup>7</sup>

Wenn Marx Recht hatte und das Sein tatsächlich das Bewusstsein bestimmt, dann müssen sich Menschen in der modernen Welt in erster Linie als Konsumentinnen und Konsumenten begreifen. Praktisch tagtäglich nehmen die allermeisten Menschen aktiv am globalen Marktgeschehen Teil und konsumieren Produkte aus aller Welt. Auf diese Weise dringt der globale Markt bis in die Unterwäsche des menschlichen Bewusstseins vor. Menschen sind die ganze Zeit mit Kaufentscheidungen konfrontiert und müssen sich notgedrungen mit der Thematik auseinandersetzen. Eine konkrete politische Entscheidung wird Menschen, selbst in Demokratien, nur alle paar Jahre abverlangt. Das Verhältnis von Kaufentscheidungen zu Wahlentscheidungen fällt wenigstens 1000 zu 1 zu Gunsten der Kaufentscheidungen aus (wobei die eine Wahlentscheidung hoffentlich deutlich mehr Abwägung erfährt als die meisten Kaufentscheidungen). Die Reziprokratie kann dem, zumindest ein Stück weit, etwas entgegensetzen. Wenn in einer großen Reziprokratie, beispielsweise in 80 Staaten der Erde, die Regierungen von den reziprokratischen Völkern gewählt werden, dann wären bei einem 4-jährigen Intervall jedes Jahr 20 Wahlentscheidungen zu treffen. Wenn sich Menschen maximal einbringen wollen und an allen Wahlen teilnehmen, dann ist beinahe jedes Monat mit zwei Stimmabgaben zu rechnen und das in verschiedenen Ländern der Erde. Dadurch kann geopolitische Teilhabe regelmäßig erfahren werden – man erlebt sich selbst als aktive Weltbürgerin oder aktiven Weltbürger und das politische Bewusstsein wird davon nicht unberührt bleiben.

---

bietet Rawls den Völkern keinen effektiven Mechanismus, mit dem sie auf der überstaatlichen Ebene wirksam werden könnten. Siehe Rawls, John. Das Recht der Völker (Berlin/New York, Walter de Gruyter, 2002) S. 26ff.

7 Eine systematische Darstellung zum Thema politische Selbstbestimmung in einer globalisierten Welt kann bei Dani Rodrick „Das Globalisierungs-Paradox“ (München, C. H. Beck, 2011) gefunden werden. Auch wenn sich Rodrick's Analyse auf die wirtschaftliche Sphäre beschränkt, so ist sie systematisch anderen Sphären (Umweltpolitik, Sicherheitspolitik, ...) ähnlich.

## Interessenharmonisierung

Wenn zwei Staatsvölker nur von einer kooperativen Vereinbarung profitieren können, dann stellen sich zwischenstaatliche Verhandlungen meist als unproblematisch dar. Tritt aber die Situation ein, dass ein Staatsvolk Vorteile auf Kosten des anderen Staatsvolkes erzielen könnte, dann können die Verhandlungen sehr schnell zu einem Ringen um den besten Deal für das eigene Staatsvolk werden. Befindet sich einer der Verhandlungspartner in einer überlegenen Verhandlungsposition, so könnte für diesen ein einseitiges Verhandlungsergebnis größere Vorteile einbringen, als eine kooperative Vereinbarung, von der beide Seiten profitieren würden. Da die VertreterInnen der beiden Parteien die Interessen verschiedener Staatsvölker vertreten, kann es sehr schnell zum Interessenkonflikt zwischen ihnen kommen; jeder hat Anreize Vorteile für die eigene Wählerschaft auf Kosten der Wählerschaft des anderen Verhandlungspartners zu erzielen.

Wenn wir annehmen, dass zwischen den beiden Staatsvölkern, im Rahmen einer Reziprokratie, ein hoher Grad an wechselseitiger Mitbestimmung gewählt wurde, dann verändert sich die Ausgangslage für die Verhandlungen zwischen den beiden politischen VertreterInnen grundlegend. Sich Vorteile auf Kosten des anderen einzuverleiben ist bei weitem nicht mehr so attraktiv. Jetzt hat die eigene Wählerschaft die Vorteile und die Kosten zu tragen (die Wählerschaft aus dem eigenen Staat genießt die Vorteile und der eigenen Wählerschaft aus dem anderen Staat werden die Kosten aufgebürdet). Die Interessenharmonisierung findet auf der Ebene der politischen Vertretung statt. Beide VertreterInnen repräsentieren die Interessen der gleichen Gruppe von WählerInnen – die Wählerschaft beider Staaten. Sie haben nicht mehr dieselben Anreize sich bei bietender Gelegenheit wechselseitig zu übervorteilen. Ihre Interessen harmonisieren sich und die Kooperation gewinnt gegenüber der Konkurrenz an Attraktivität.

Eine Interessenharmonisierung, aufgrund der wechselseitigen Mitbestimmung, hat vorhersehbar eine abmildernde Wirkung im internationalen wirtschaftlichen Standortwettbewerb. Das Konkurrieren um Investitionen aus aller Welt würde an Bedeutung verlieren, da Investitionen in anderen Staaten ebenfalls der eigenen Wählerschaft zugute kommen. Das stärkt die Verhandlungsposition von Arbeitnehmern gegenüber Arbeitgebern, die oftmals unter Verweis auf den globalen Wettbewerb einen Abbau von Sozialstandards einfordern. Auch ein Steuerwettbewerb nach unten ist ein zu beobachtendes Phänomen vor dem Hintergrund des Standortwettbewerbs, welcher die problematische Entwicklung in Fragen der Verteilungsgerechtigkeit noch beschleunigt und die Finanzierung des Sozialstaates gefährdet.<sup>8</sup> Die Absenkung von Umweltstandards, um mögliche wirtschaftliche Standortvorteile zu realisieren, verliert doppelt an Bedeutung. Einerseits verlieren die wirtschaftlichen Vorteile gegenüber einem anderen Staatsvolk, aus politischer Perspektive, an Gewicht. Andererseits sind die externalisierten Kosten für Umweltschäden von anderen Staatsvölkern mitzutragen, ohne dass diese von den wirtschaftlichen Vorteilen profitieren würden. Warum sollten Staatsvölker Regierungen wählen, die ihnen Umweltkosten, ohne gegenüberstehende wirtschaftliche Vorteile, aufbürden? Zum Beispiel ist Kanada 2011 aus dem Kyoto-Protokoll ausgestiegen. Der Grund dafür war, dass das Land die vereinbarte CO<sub>2</sub>-Reduktion bis 2012 weit verfehlt hätte und Strafzahlungen in Milliardenhöhe drohten<sup>9</sup>. In den Jahren vor 2012

---

<sup>8</sup> Vgl. Crouch, Colin. Postdemokratie (Frankfurt am Main, Suhrkamp, 2017 – 13. Auflage) S. 42.

<sup>9</sup> Internetquelle: „Kanada steigt aus Kyoto-Protokoll aus“, in: Internetseite diepresse.com, 13.12.2011, URL: [www.diepresse.com/716236/kanada-steigt-aus-kyoto-protokoll-aus](http://www.diepresse.com/716236/kanada-steigt-aus-kyoto-protokoll-aus), Abruf am 15.09.2020.

hat sich Kanada einem ungehemmten Wirtschaftswachstum verschrieben, um den materiellen Wohlstand Kanadas zu mehren. Zugleich haben sich die CO<sub>2</sub>-Emissionen über den gesamten Globus verteilt und nicht nur die kanadische Bevölkerung betroffen. Als sich dann die internationalen Verpflichtungen Kanadas auf dem Prüfstand befanden, knickte die kanadische Regierung ein und vermied die Strafzahlungen durch einen vorzeitigen Ausstieg aus dem Kyoto-Protokoll. Kanada hat somit diejenigen Staaten übervorteilt, die an ihren eingegangenen Verpflichtungen festgehalten haben und die Völker der benachteiligten Staaten verfügten über keine effektiven Mittel, um die dafür verantwortliche Regierung zur Rechenschaft zu ziehen.

## Schluss

Dieser Text beschränkt sich auf einige wenige Aspekte des Systems der Reziprokratie. Zahlreiche Eigenheiten, Potentiale und auch mögliche Risiken wurden entweder nicht oder nur am Rande diskutiert. In längeren Abhandlungen wurden diese herausgearbeitet, dennoch bleiben noch manche für ein politisches System wesentliche Fragen (teilweise) unbeantwortet. In welchem Verhältnis steht die Reziprokratie zu den demokratischen Werten Freiheit und Gleichheit? Beeinflusst die Reziprokratie das System der Gewaltenteilung in Staaten? Kann die Reziprokratie sowohl in theoretischer (philosophischer) als auch in praktischer (soziologischer) Hinsicht als legitim anerkannt werden? Wie kann ein Übergang von der Demokratie zur Reziprokratie realistischer Weise vonstattengehen? Welche geopolitischen Folgen sind zu erwarten, wenn sich manche Demokratien (und im Laufe der Zeit vielleicht viele) zu Rezipokratien weiterentwickeln?

Solche Fragen müssen diskutiert werden, bevor eine ernsthafte Debatte über die Verwirklichung einer Reziprokratie zum Thema wird. Der Sinn des Konzepts der Reziprokratie liegt allerdings nicht nur in der schlussendlichen Verwirklichung begründet. Die bloße Auseinandersetzung mit einem alternativen Zugang zum Thema politische Herrschaft kann hilfreich sein. Einerseits können die gegenwärtigen Verhältnisse auf eine neue Weise reflektiert werden. Andererseits hoffe ich, dass das Konzept der Reziprokratie Gedankenanstöße in unterschiedliche Richtungen geben kann. Und vielleicht trägt das dazu bei, das politische System der Zukunft hervorzubringen.

Wissenschaftlicher Erkenntnisgewinn rückt die vielfältigen globalen Verbindungen und Wechselwirkungen ins Bewusstsein und Fortschritte in Wirtschaft und Technik könnten die weltweite Vernetzung auf ein ungeahntes Niveau heben. Die nationalstaatliche Demokratie ist mit der Globalisierung der Welt und des Bewusstseins nicht vereinbar und die Globalisierung steht gerade erst am Anfang. Die Demokratie kann und wird diesen Kampf nicht überleben, es bleibt nur die Flucht nach vorne oder der Rückfall in autoritäre Systeme.